



Fortsetzung der Gespräche mit islamischen Verbänden

Fortsetzung der Gespräche mit islamischen Verbänden
Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière empfängt am Montag die Vertreter mehrerer muslimischer Verbände zu einem weiteren Treffen. Ein Auftaktgespräch hatte bereits am 27. Januar stattgefunden. Wie damals vereinbart, sollen im Rahmen des zweiten Treffens das gemeinsame Programm für diese Legislaturperiode verabschiedet und das weitere Vorgehen abgestimmt werden. Neben den Verbänden, die bereits am Auftaktgespräch teilgenommen hatten, werden am Montag auch der IRD (Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V.) sowie die AMJ (Ahmadiyya Muslim Jamaat) vertreten sein. Im Anschluss an das Gespräch wird ab 16.00 Uhr eine Pressekonferenz des Bundesinnenministers und der islamischen Verbände stattfinden. Liste der teilnehmenden Verbände:
- Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB)
- Alevitische Gemeinde Deutschlands (AABF)
- Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)
- Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)
- Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)
- Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland - Zentralrat e.V. (IGBD)
- Zentralrat der Marokkaner in Deutschland e. V. (ZMaD)
- Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V. (IRD)
- Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ)
- Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD) ist kein neuer Teilnehmer, sondern war bereits zu Beginn der DIK vertreten. Bundesinnenminister de Maizière hatte dem IRD vor vier Jahren angeboten, seine Mitgliedschaft ruhen zu lassen, was der Islamrat jedoch ablehnte. Hintergrund waren verschiedene Ermittlungsverfahren gegen die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), die die dominierende Mitgliedsorganisation innerhalb des Islamrats ist. Seit Herr Oguz Üçüncü am 26.02.2014 seinen Rücktritt vom Amt des Generalsekretärs der IGMG erklärt hat, ist nunmehr kein Beschuldigter der Strafverfahren gegen die IGMG mehr im Vorstand der IGMG vertreten. Dies eröffnete den Weg für eine erneute Einbindung des Islamrats in die DIK. Mit seinen ca. 400 Moscheegemeinden repräsentiert der Islamrat einen großen Anteil der in Deutschland lebenden Muslime.
Ahmadiyya Muslim Jamaat
Eine neu vertretene muslimische Organisation ist die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ). Sie vertritt ca. 35.000 Mitglieder und ist der deutsche Zweig einer muslimischen Glaubensgemeinschaft, die Ende des 19. Jahrhunderts im heutigen Pakistan gegründet wurde. Viele Einwanderer aus Süd- und Südostasien sind in ihr organisiert. Als einzige muslimische Glaubensgemeinschaft in Deutschland hat sie in Hessen, wo auch ihr regionaler Schwerpunkt ist, den Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts erhalten.
Bundesministerium des Innern (BMI)
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023 /-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=560427 width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.